



Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung

- Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO
- Mischgebiet gem. § 6 BauNVO

Baugrenzen

- Baugrenze

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung: Private Verkehrsfläche

Sonstige Planzeichen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
- Flurgrenze
- Flurstücksgrenze, vorhanden
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Teilgebietsnummer, z.B. 1
- Umgrenzung von Flächen für Stellplätzen und Zufahrten gem. § 9 (1) 22 BauGB
- Abriss Gebäude

Festsetzungen des Bebauungsplanes gemäß § 9 BauGB

- Art der baulichen Nutzung** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
TG 1 Mischgebiet (MI) gem. § 6 BauNVO
TG 2 + 3 Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO
Zulässigkeit von Nutzungen gem. § 1 BauNVO
Allgemeines Wohngebiet
Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes werden die gem. § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Betriebe und Anlagen nicht zugelassen.
Mischgebiet
Innerhalb des Mischgebietes werden die gem. § 6 Abs. 2 Nr. 3, 6 – 8 BauNVO sowie die gem. § 6 Abs. 3 zulässigen Betriebe und Anlagen nicht zugelassen.
Maß der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
Es werden folgende maximal zulässige Zahlen festgesetzt:
2.1 Grund- und Geschossflächenzahl
Die maximal zulässige Grundflächenzahl (GRZ) gem. 19 BauNVO wird festgesetzt auf:
TG 1 + 2 0,30
TG 3 0,25
Gemäß § 17 BauNVO wird eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche um max. 65% zugelassen.
Die maximal zulässige Geschossflächenzahl (GFZ) gem. § 20 BauNVO wird festgesetzt auf:
TG 1 + 2 0,60
TG 3 0,50
Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze gem. § 16 (2) 3 BauNVO:
Die maximal zulässige Zahl der Vollgeschosse wird festgesetzt auf:
Dachgeschosse im Bereich des TG 2 dürfen nicht als Vollgeschoss ausgebildet werden.
2.2 Zulässige Höhe baulicher Anlagen in Meter gem. § 16 (2) 4 BauNVO
Für die überbaubaren Flächen in den TG 1 – 3 werden folgende maximal zulässige Firsthöhen (FH) wie folgt festgesetzt:
TG 1 = 242,50 m NN TG 2 = 242,00 m NN TG 3 = 237,50 m NN
Die Firsthöhe baulicher Anlagen wird in der Mitte des Gebäudes gemessen.
Photovoltaikanlagen (Solarstrom) und Solarthermie-Anlagen (Warmwasserversorgung) dürfen die festgesetzte Firsthöhe für bauliche Anlagen nicht überschreiten.
3. Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO
3.1 Überbaubare Grundstücksflächen gem. § 23 BauNVO
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt.
Stellplätze und Garagen mit ihren Zufahrten werden auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zugelassen.
3.2 Abweichende Tiefe der Abstandsflächen für Stellplätze gem. § 9 (1) 2a BauGB
Für die Realisierung von Stellplätzen im Grenzgebiet wird im Bebauungsplan gem. § 9 Absatz 1 Nr. 2a eine Festsetzung aufgenommen, die eine abweichende Ausführung ermöglicht. Demnach wird gemäß § 9 (1) 2a BauGB für Stellplätze eine vom Bauordnungsrecht abweichende Tiefe der Abstandsfläche festgesetzt. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen werden Stellplätze uneingeschränkt zugelassen. § 6 der Hessischen Bauordnung (HBO) ist in diesem Fall nicht anzuwenden.
Zur Abschirmung von Parkplatzeinbauten im Grenzgebiet ist jedoch ein Mindestabstand von 1,0 m einzuhalten. Die Fläche ist als Grünfläche auszubilden und mit einer max. 1,1 m hohen Einfriedungshöhe zu bepflanzen.
3.3 Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO
Innerhalb der nicht überbaubaren Flächen werden pro Grundstück Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO bis zu einer Gesamtgröße von 20 m² zugelassen.
3.4 Höchstzulässige Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden gem. § 9 (1) 6 BauGB
Innerhalb der Allgemeinen Wohngebietsfläche wird die zulässige Zahl der maximal zulässigen Wohneinheiten (WE) wie folgt begrenzt:
Teilgebiet 2 max. 8 WE Teilgebiet 3 max. 12 WE
4. Regelung des Wasserabflusses gem. § 9 (1) 16 BauGB
Das anfallende Schmutz- und Oberflächenwasser der Anlagen und Einrichtungen aus den Teilgebieten 2 und 3 ist im Trennsystem abzuheben. Das anfallende Oberflächenwasser ist einer grundstücksbezogenen Regenrückhalteanlage zuzuführen. Erforderliche Anlagen zum Schutz vor möglichen Verunreinigungen sind in die Anlage zu integrieren.
Zur Regelung der Einleitmenge in den öffentlichen Regenwasserkanal ist die Anlage mit einem konstanten Drosselabfluss von 1,1 l/s zu versehen.
5. Flächen für Stellplätze und Zufahrten gem. § 9 (1) 22 BauGB
Die Flächen für Stellplätze (St) mit ihren Zufahrten werden den geplanten bzw. bestehenden Nutzungen in Teilgebietsflächen 1 – 3 zugeordnet.
Außerhalb der festgesetzten Flächen ist die Errichtung von Stellplätzen unzulässig.
6. Regelungen zur Sicherstellung des Einsatzes erneuerbarer Energien und zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen gem. § 9 (1) 23 und 24 BauGB
Zu errichtenden Gebäuden müssen den Anforderungen des KfW Effizienzhauses 55 entsprechen. Die Bauherren haben im Rahmen der Planung von Bauvorhaben gegenüber der Stadt Fritzlar den Energie- und Wärmeschutz nachzuweisen, in dem die Anforderungen Berücksichtigung finden.
Zur Versorgung der Gebäude mit Raumwärme und Warmwasser sind Anlagen zur Nutzung der Solarenergie (Solarthermie) oder anderer erneuerbarer Energieträger (z.B. Holz oder Umweltwärme) zu installieren. Näheres wird im Grundstückskaufvertrag geregelt.
7. Förderung der Sonnenenergienutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB
Bei der Errichtung von Gebäuden sind bauliche und sonstige technische Maßnahmen zur aktiven Nutzung der solaren Strahlungsenergie auf mindestens 30% der nutzbaren Dachflächen vorzusehen. Werden auf einem Dach Solarwärme Kollektoren installiert, so kann die hiervon beanspruchte Fläche auf die zu realisierende Solarmindestfläche angerechnet werden.
Ausnahmsweise können auch andere Maßnahmen zugelassen werden, sofern dadurch nachweislich eine äquivalente CO₂-Einsparung erreicht wird.
8. Grünordnerische Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB i. V. m. mit § 91 HBO
Nicht überbaubare Flächen/ Nutzungszweck
Zunächst besteht das Recht, die ausgewiesenen Baulflächen entsprechend den vorgegebenen städtebaulichen Werten zu bebauen. Da auf Grund der zulässigen Überbaubarkeit der Flächen keine 100%-ige Überbauung zugelassen wird, verbleiben Freiflächen, die als Grünflächen anzulegen und entsprechend der n. g. Regelung zu bepflanzen sind.
Die Regelung zur Anpflanzung von Gehölzen bezieht sich auf die Flächen, die entsprechend der GRZ nicht bebaut werden können. Von diesem nicht bebauenden Flächenanteil sind mindestens 15% des Grundstücksanteils mit standortgerechten Bäumen, Sträuchern oder Stauden zu bepflanzen und zu unterhalten. Darüber hinaus sind innerhalb der Teilgebiete 1 – 3 Laubbäume in folgender Anzahl zu pflanzen: TG 1 - 5 St / TG 2 – 6 St / TG 3 – 17 St.
Einfriedungen
Einfriedungen zum Eckerichsweg sind nur durch eine mindestens 0,9 m und maximal 1,8 m hohe Laubhecke zulässig.
Einfriedungshecken sind nur mit folgenden Gehölzen zulässig: Hainbuche (Carpinus betulus), Liguster (Ligustrum vulgare), Eibe (Taxus baccata).
Bei Einfriedungshecken entlang von Straßenverkehrsflächen sind Abstände entsprechend der Regelungen des Hessischen Nachbarschaftsrechts einzuhalten.
Beschränkung von Steinträgen und Steinschüttungen
Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist die Anlage und flächige Abdeckung von verbleibenden Grundstücksrestflächen mit Mineralstoffen wie Grauwacke, Kies, Schotter, Wasserbausteine o. ä. (sogenannte Schotter-Kiesbette) unzulässig.
Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind darüber hinaus, soweit diese Flächen nicht für eine andere zulässige Verwendung benötigt werden, mit offenem oder bewachsenem Boden als Grünflächen anzulegen und zu unterhalten.
Durchführung
Die festgesetzten Grünordnungs- und Pflanzmaßnahmen sind innerhalb eines Jahres nach Aufnahme der Nutzung der Hoch- und Tiefbauten durchzuführen. Eine sachgerechte Pflege ist sicherzustellen. Abgänge sind innerhalb von zwei Pflanzperioden gleichwertig zu ersetzen.

Rechtsgrundlagen in der gültigen Fassung:

- Baugesetzbuch (BauGB)
- Bauordnungsverordnung (BauNVO)
- Planzeichenverordnung (PlanV)
- Hessische Bauordnung (HBO)
- Hessische Gemeindeordnung (HGO)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. dem Hess. Ausführungsgesetz zum BNatSchG (HAGBNatSchG)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

9. Örtliche Bauvorschriften gem. 9 Absatz 4 BauGB in Verbindung mit § 91 Hessische Bauordnung

- 9.1 Dächer, Gebäudegestaltung**
Dachneigung
Die Dachneigung von Hauptgebäuden ist wie folgt zulässig:
TG 1: 5 – 55°
TG 2: 25 – 35°
TG 3: 5 – 15° Ausbildung nur als Gründach
Zulässigkeit von Kniestöcken:
Im Bereich der Teilgebietsfläche 2 sind Kniestöcke unzulässig. Die Fußpfette der Dachkonstruktion ist direkt auf die Rohdecke des letzten Obergeschosses im Bereich der Außenwand aufzusetzen.
Dachneigungen unter 15° sind zulässig, sofern diese vollständig mit einer Vegetationsdecke (Mindestaufbau von 8 cm durchwurzelfähigem Substrat) begrünt sind.
Für untergeordnete Nebengebäude gelten die Dachneigungen nicht.
Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen sind grundsätzlich zulässig.
Die Dächer von Doppelhäusern müssen untereinander die gleiche Dachform und Dachneigung aufweisen.
Dachgestaltung
Das Gebiet wird weitgehend durch eine homogene Dachlandschaft bestimmt, die bislang zu keiner nachhaltigen Störung des Ortsbildes geführt hat. Zur Wahrung ästhetischer Belange und einer positiven Gestaltungspflege wird eine Begrenzung der zulässigen Grundfläche für Dachneigungen auf die Grundlinie rot, dunkelbraun und anthrazit begrenzt. Auffällig bunte Signalfarben wie z.B. blau, grün, gelb, silber werden nicht zugelassen.
Äußere Gebäudegestaltung
Für Gebäudeaußenwände werden folgende Fassadenmaterialien zugelassen: Putz, Naturstein, Klinker, Holz, Glas.
Für Wandverkleidungen werden folgende Materialien zugelassen: Holz, Schindeln, Schiefer, Schieferersatz, Ziegelbehang, Kupferbleche, Stahlfalzbleche.
Dachaufbauten
Der Abstand zur Giebelaußenwand muss mindestens 1,25 m betragen. Der First bzw. der Übergang zur Dachfläche des Hauptgebäudes muss mindestens zwei Ziegellängen (ca. 0,60 m) unterhalb des Firstes des Hauptgebäudes liegen.
Dachaufbauten müssen sich in ihren Abmessungen der Dachfläche deutlich unterordnen. Sie dürfen einzeln 3,00 m und in ihrer Summe 50% der Traufbreite nicht überschreiten. Der Abstand zum nächsten Dachaufbau muss mindestens 2,00 m betragen.
9.2 Garagen/ Carports/ Stellplätze
Stellplatzsetzung
Die erforderlichen privaten Stellplätze sind gemäß rechtskräftiger Satzung über Stellplätze und Garagen sowie Abstellplätze für Fahrräder der Stadt Fritzlar anzuordnen.
Garagen müssen eine Vorstellfläche von mind. 5,0 m und Carports von mind. 1,5 m haben. Werden Garagen oder Carports parallel zur öffentlichen Straßenbegrenzungslinie errichtet, so ist zwischen Straßenbegrenzungslinie und Bauwerk ein Mindestabstand von 1,0 m einzuhalten. Die Abstandsfläche ist als Grünfläche anzulegen und flächendeckend zu bepflanzen.
9.3 Rückhaltung von Oberflächenwasser
Das anfallende, unbelastete Oberflächenwasser (Regenwasser) aus den Teilgebieten 2 und 3 ist in eine grundstücksbezogene Regenrückhalteanlage einzuleiten. Überlaufende Wassermengen sind über einen Drosselabfluss in das Abwasseretz (Regenwasserkanal) zu leiten.
9.4 Oberflächenbefestigung
Private Stellplätze, Wege und sonstige Grundstücksflächen sind so herzustellen, dass Regenwasser versickern kann (z.B. seitlich in angrenzende Grünflächen oder in Form von Pflasterbelägen mit breiten Fugen wie z. B. „Ökopflaster“). Mit Ausnahme von Stellplatzflächen für Behinderte sind Stellplätze im Bereich der Teilgebietsflächen 2 und 3 mit einem Rasengitterstein zu befestigen. Eine Befestigung mit Beton oder Asphalt wird nicht zugelassen.
10. Hinweise
10.1. Sicherung von Bodendenkmälern
Bodendenkmäler sind gemäß dem „Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmäler“ (Denkmalschutzgesetz - DschG) unter Schutz gestellt. Wer bei Erdarbeiten Bodendenkmäler und Kleindenkmäler (historische Grenzsteine o. ä.) entdeckt oder findet, hat dies dem § 21 Hess. Denkmalschutzgesetz (HDSchG) unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, Archäologische Denkmalpflege und der Unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen.
10.2. Schutz des Mutterbodens
Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist im nutzbaren Zustand zu erhalten und an geeigneten Stellen, vorzugsweise auf den Grundstücken, zu verwenden.
10.3. Verwertung von Erdaushub
Der im Plangebiet durch Baumaßnahmen beanspruchte Oberboden ist so weit wie möglich zu sichern, bis zur Wiederverwendung in Mieten zu lagern und nach Abschluss der Baumaßnahmen innerhalb der gebietsbezogenen Freianlagengestaltung naturnah einzuarbeiten.
10.4. Berücksichtigung von Gehölzen (Pflanzenliste)/ Hinweise zur Einhaltung von Grenzabständen
Im Rahmen der privaten Freianlagengestaltung sind nachfolgender Gehölze zu berücksichtigen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen von Neupflanzungen die nach dem Hessischen Nachbarrecht gem. § 38 bis 40 vorgegebenen Grenzabstände u. a. für Sträucher und lebende Hecken einzuhalten sind.
Einzelbäume, großkronig (Pflanzhöhe: Hochstamm STU 14/16 cm)
- Acer platanoides (Spitzahorn) - Acer pseudoplatanus (Bergahorn)
- Carpinus betulus (Hainbuche) - Fagus sylvatica (Rotbuche)
- Quercus excoletia (Eiche) - Quercus robur (Stieleiche)
- Tilia cordata (Wintertanne)
Bäume, (Säulenform)
- Acer platanoides columnare (Spitz-Ahorn) - Acer rubrum (Rot-Ahorn)
- Carpinus betulus 'Fastigiata' (Hainbuche) - Fagus sylvatica (Säulen-Buche)
- Quercus robur (Säulen-Eiche)
Einzelbäume, mittel- und kleinkronig
- Acer campestre (Feldahorn) - Corylus avellana (Hasel)
- Crataegus coccinea (Schachtelhalm) - Malus sylvestris (Holzapple)
- Prunus avium (Vogelkirsche) - Pyrus communis (Weißbirne)
- Sorbus aucuparia (Eberesche)
- Corylus columa* (Baumhasel)
- Crataegus laevigata Paul's Scarlet (Rothorn)
- Malus sylvestris (Holzapple)
- Pyrus communis (Weißbirne)
- Pyrus communis (Holzbirne)
Obstbäume, in alten robusten Sorten als Hoch- oder Halbstämme
- Apfel, Birne, Südkirsche, Zwetsche, Walnuss
Heckengehölze 1 Stck./m²
- Acer campestre (Feldahorn) - Buddlejia davidii (Schmetterlingsfeder)
- Corylus avellana (Hasel) - Carpinus betulus (Hainbuche)
- Cornus sanguinea (Hortensie) - Crataegus monogyna oxycantha (Weißdorn)
- Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen) - Lonicera xylosteum (Heckenrosche)
- Ligustrum vulgare (Liguster) - Malus sylvestris (Holzapple)
- Prunus spinosa (Schlehe) - Pyrus communis (Weißbirne)
- Rhamnus frangula (Faulbaum) - Rubus idaeus (Himbeere)
- Rosa canina (Hundsrose) - Rosa rubiginosa (Weinrose)
- Salix caprea (Salweide) - Sambucus nigra (Schwarzer Holunder)
- Sorbus aucuparia (Eberesche) - Sorbus torminalis (Eberesche)
- Taxus baccata (Eibe) - Viburnum lantana (Wolliger Schneeball)
- Viburnum opulus (Wasserschneeball)
Schling- und Rankpflanzen
- Aristoclia durior (Pfeifenwinde) - Campsis radicans (Trompetenblume)
- Clematis vitacea u. a. in Sorten (Waldreben) - Hedera helix (Efeu)
- Hydrangea petiolaris (Kletterhortensie) - Lonicera periclymenum (Gelbblatter)
- Lonicera caprifolium (Jelängerjelleber) - Polygonum auberti (Knöterich)
- Parthenocissus tricuspidata (Wilder Wein) - Wisteria sinensis (Blauregen)
10.5. Lärmimmissionen durch Liegenschaften der Bundeswehr in Fritzlar
Von den Liegenschaften der Bundeswehr im Allgemeinen, sowie bei der Georg-Friedrich Kaserne der Bundeswehr auf dem Heeresflugplatz Fritzlar (mindestens) ist von einem flächenbezogenen Schalleistungspegel (FSLP) von 65 dB(A) tags und nachts auszugehen, - dass von der Georg-Friedrich Kaserne auf dem Heeresflugplatz Fritzlar tags und nachts insbesondere bei der Durchführung von Verbindungs- / Erkundungs- und Instrumentenanflugverfahren Lärmimmissionen ausgehen, - dass von der Standort-Schießanlage Fritzlar/Kalbsburg tags und nachts Lärmimmissionen in Form von Schieß-Lärm (Schieß-Geräusche) ausgehen und - dass von dem Standortübungsplatz Fritzlar/Hellenwarte tags und nachts Lärmimmissionen durch den Manöver-/Übungsbetrieb der Bundeswehr ausgehen.
10.6. Hinweise zu bestehenden Bebauungsplänen
Mit Rechtskraft der 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 8 treten die durch die Neuplanung betroffenen Festsetzungen folgender Bebauungspläne außer Kraft:
- Bebauungsplanes Nr. 8 (Genehmigungsverfügung vom 10.05.1968 durch den Regierungspräsident Kassel)
- 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 (rechtskräftig seit dem 15.09.1972)

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fritzlar hat in ihrer Sitzung am 09.09.2021 den Beschluss zur 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 8 für das Gebiet „Eckerichsweg Nr. 26“ gefasst. Der Aufstellungsbeschluss 2021 wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 23.09.2021 bekannt gemacht.

Öffentliche Auslegung

Nach § 13 Abs. 2 Ziffer 2 in der gültigen Fassung wurde die Öffentlichkeit in der Zeit vom 04.10.2021 bis 05.11.2021 über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durch Auslegung der Plandarstellung mit Begründung unterrichtet. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 23.09.2021 öffentlich bekannt gegeben.

Satzungsbeschluss

Nach Prüfung der Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB hat die Stadtverordnetenversammlung die 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 8 für das Gebiet „Eckerichsweg Nr. 26“ mit örtlichen Bauvorschriften und Begründung in ihrer Sitzung am 17.12.2021 als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Fritzlar, den 20.12.2021



Bürgermeister

Ausfertigungsvermerk

Die vorliegende Ausfertigung des Bebauungsplanes entspricht der von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fritzlar am 17.12.2021 beschlossenen Satzung.

Fritzlar, den 20.12.2021



Bürgermeister

Bekanntmachung/ Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss wurde am 13.10.2022 ortsüblich bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Hinweis zur Bekanntmachung

Gem. § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungs- und des Flächenennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs gem. § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des der Verletzung oder des Mangel begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn die Bekanntmachung nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Fritzlar, den 14.10.2022



Bürgermeister

Planunterlage

Es wird bescheinigt, dass die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters übereinstimmen.

Homburg (Ecke), den 28.12.2021



Amt für Bodenmanagement
Im Auftrag

Stadt Fritzlar

2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 8 für das Gebiet „Eckerichsweg Nr. 26“

